

Unterstützung in der Syrien-Krise

Humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobanê

Antrag Nr. 14 - 20 / A 01088 der ÖDP, DIE LINKE und der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 29.05.2015

München wird Pate für den Wiederaufbau in Syrien

Antrag Nr. 14 - 20 / A 01824 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI vom 22.02.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06211

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 05.07.2016 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	Der Antrag der ÖDP, DIE LINKE und der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL schlägt eine humanitäre Unterstützung durch die Stadt München beim Wiederaufbau der Stadt Kobanê vor. Dies soll durch eine Spendensammlung zugunsten der Organisation medico international geschehen, die in der Region im Gesundheitssektor aktiv ist. Die Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI beantragt, dass sich der Oberbürgermeister über den Deutschen Städtetag für eine gemeinsame Initiative deutscher Kommunen zum Wiederaufbau in Syrien einsetzt. Koordiniert durch die Bundesregierung sollen mit Hilfe deutscher Stadtplaner Ersatz- und Neubauten entstehen.
Inhalt	In der Vorlage wird die Situation in Syrien beschrieben. Die Möglichkeiten zur Unterstützung des Wiederaufbaus durch die Landeshauptstadt München werden erläutert.
Entscheidungsvorschlag	Aktivitäten zum Wiederaufbau werden aufgrund der prekären Sicherheitslage derzeit nicht eingeleitet.
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Syrien, Kobanê, Humanitäre Hilfe, kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobanê

Antrag Nr. 14 - 20 / A 01088 der ÖDP, DIE LINKE und der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 29.05.2015

München wird Pate für den Wiederaufbau in Syrien

Antrag Nr. 14 - 20 / A 01824 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTei vom 22.02.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06211

2 Anlagen

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 05.07.2016 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die ÖDP, DIE LINKE und die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL haben am 29.05.2015 den Antrag Nr. 14 - 20 / A01088 (Anlage 1) gestellt, wonach eine humanitäre Unterstützung durch die Stadt München beim Wiederaufbau der Stadt Kobanê vorgeschlagen wird. Dies soll durch eine Spendensammlung zugunsten der Organisation medico international geschehen, die in der Region im Gesundheitssektor aktiv ist. Mit Antrag Nr. 14 - 20 / A 01824 vom 22.02.2016 (Anlage 2) fordert die Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTei den Oberbürgermeister auf, sich über den Deutschen Städtetag für eine gemeinsame Initiative deutscher Kommunen zum Wiederaufbau in Syrien einzusetzen. Koordiniert durch die Bundesregierung sollen mit Hilfe deutscher Stadtplaner Ersatz- und Neubauten entstehen.

1. Der Konflikt in Syrien

Der Krieg in Syrien hat bislang ca. 300.000 Opfer gefordert. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) sind mittlerweile 13,5 Millionen Syrerinnen und Syrer auf humanitäre Hilfe angewiesen. Rund 4,7 Millionen Menschen sind in die Nachbarländer Türkei, Jordanien und den Libanon geflohen und etwa 7 Millionen sind auf der Flucht im eigenen Land. Ein Ende dieser konfliktbedingten Flüchtlingskrise ist nicht in Sicht.

Die Stadt Kobanê im Norden Syriens wurde im Herbst 2014 als Widerstandssymbol gegen den IS bekannt. International unterstützte, kurdisch-syrische Einheiten verteidigten die eingekesselte Stadt, während sich ein Großteil der Bevölkerung auf die Flucht in Richtung Türkei begab. Seitdem erfolgten jedoch zahlreiche Offensiven der

Terrormiliz auf die Stadt, mittlerweile sind 80% der Infrastruktur zerstört, es leben nur noch ca. 200.000 von ehemals 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort. Diese Situation hat sich zuletzt weiter zugespitzt. In Nord-Syrien wurden nach Angaben von Human Rights Watch durch die Gefechte im April 2016 innerhalb von 48 Stunden mindestens 30.000 Menschen zur Flucht gezwungen.

Somit steht die Waffenruhe vor dem Scheitern. Trotz wiederholter Bemühungen des deutschen und amerikanischen Außenministers kommen auch die Friedensverhandlungen in Genf zusehends ins Stocken.

Der humanitäre Bedarf in Syrien und den Nachbarländern steigt damit weiter an. Ca. fünf Millionen Menschen haben aufgrund der Kampfhandlungen und der daraus resultierenden Sicherheitslage kaum Zugang zu einer Grundversorgung. Diese Versorgung ist durch die Sperrung der Grenzübergänge der Türkei und des Nordiraks zusätzlich erschwert. Humanitäre Hilfeleistungen für Nord-Syrien sind nur noch sehr eingeschränkt möglich. Hilfsorganisationen sind kaum noch in der Lage, die zwingend erforderliche Versorgung der notleidenden Bevölkerung zu leisten.

2. Wiederaufbau in Nord-Syrien

Noch zu Beginn des Jahres bestand, nicht zuletzt aufgrund der vereinbarten Waffenruhe, zunächst die kleine Hoffnung, dass ein Teil des Landes befriedet werden kann und damit ein Wiederaufbau möglich scheint.

Basierend auf dem Stadtratsantrag Nr. 14 -20 / A 010888 vom 29.05.2015 erfolgte die Kontaktaufnahme mit der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International e.V. zur Identifikation eines Projekts in Kobanê für den Wiederaufbau der dortigen Gesundheitsversorgung.

Medico International ist seit 2013 im Norden Syriens aktiv und unterstützt maßgeblich Nothilfemaßnahmen im Gesundheitsbereich. Als gemeinsames Projekt schlug Medico die Ausstattung der Frauenheilkunde in einem Gesundheitszentrum vor. Bei diesem Vorhaben entstanden jedoch Ende 2015 unvorhergesehene Veränderungen in der Trägerschaft des Gesundheitszentrums von Kobanê, so dass zu dem Zeitpunkt keine zuverlässigen Kooperationspartner vor Ort identifiziert werden konnten.

Leider hat sich die vorübergehende Hoffnung auf eine Stabilisierung der Situation nicht erfüllt: Im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz konnten sich 17 teilnehmende Staaten am 14.02.2016 zunächst auf eine Waffenruhe einigen. Seit Mitte April kommt es jedoch zu einer deutlichen Zunahme der Verstöße gegen die Waffenruhe. Mittlerweile gilt die Feuerpause nur noch in einigen Teilen des Landes. Kampfhandlungen

gen werden wieder vermehrt in Nordsyrien gemeldet, von Februar bis Mai 2016 haben Beobachter in der Provinz 250 Tote verzeichnet, viele von ihnen Frauen und Kinder.

Die geschilderten jüngsten Entwicklungen haben dazu geführt, dass ein Wiederaufbau in Kobanê oder anderen Gebieten Nord-Syriens derzeit überhaupt nicht möglich ist. Der Geschäftsführer von medico international e.V., Thomas Gebauer, bestätigte, dass einem potentiellen Wiederaufbauprojekt aufgrund der kritischen Sicherheitslage in der Region zunächst eine Deeskalation der Konflikte vorangehen müsste. Investitionen in Wiederaufbaumaßnahmen sind aufgrund der instabilen Situation derzeit auch deshalb nicht sinnvoll, weil jederzeit mit einer Zerstörung der wiedererrichteten Einrichtungen gerechnet werden muss.

Diese Einschätzung teilt auch die Bundesregierung. Die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Syrien hat dazu geführt, dass sowohl die nationale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als auch das Engagement der EU (z.B. das EU-Instrument der europäischen Nachbarschaftshilfe) bereits Ende 2011 ausgesetzt wurden. Mittlerweile sind alle deutschen Entwicklungsexpertinnen und -experten aus dem Land abgezogen worden. Man ist sich einig, dass Wiederaufbauprojekte, die eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation und die Schaffung von Entwicklungsperspektiven für die Flüchtlinge zum Ziel haben, erst dann möglich und sinnvoll sind, wenn die Sicherheitslage in Syrien stabilisiert ist.

Derzeit wird in der Region vor allem akute Nothilfe geleistet. Während die großen deutschen Hilfsbündnisse auch in Syrien selbst humanitäre Hilfe leisten, unterstützt die Bundesregierung vor allem syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern durch Not- und Übergangshilfsmaßnahmen. Diese Hilfeleistungen in akuten Notsituationen, die in beschränktem Maße über die finanzielle Unterstützung von Hilfsorganisationen möglich ist, unterscheiden sich jedoch von Wiederaufbaumaßnahmen. Während Nothilfeleistungen in erster Linie darauf abzielen, das Leid der Bevölkerung zu lindern, Grundbedürfnisse zu sichern und so das unmittelbare Überleben ermöglichen, sind Wiederaufbauprojekte so ausgerichtet, dass sie erst nach Sicherung der Lebensgrundlagen bedürftiger Menschen greifen und den Übergang zu einer nachhaltigeren Entwicklung gewährleisten sollen. Um eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation und die Schaffung von Entwicklungsperspektiven für die Flüchtlinge herbeizuführen ist es daher zunächst notwendig, die Sicherheitslage des Landes zu verbessern. Dies ist derzeit in Syrien selbst nicht gegeben.

3. Unterstützung durch die Landeshauptstadt München

Die Landeshauptstadt München hat sich bereits für akute Nothilfe vor Ort engagiert und hierfür insgesamt 161.000 € zur Verfügung gestellt (siehe Stadtratsbekanntgabe vom 12.04.2016 – Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05500).

Wiederaufbauaktivitäten, wie in den Stadtratsanträgen gefordert, sind jedoch aus den genannten Gründen derzeit nicht möglich. Demzufolge kann den Stadtratsanträgen nicht entsprochen werden. Die Initiierung einer gemeinsamen Initiative deutscher Kommunen durch den Oberbürgermeister beim Deutschen Städtetag (Nr. 14 – 20 / A 01824) ist nicht erforderlich, da die Bundesregierung bereits eine entsprechende Initiative erarbeitet, im Rahmen derer deutsche Kommunen eingebunden werden sollen.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und die Verwaltungsbeirätin für den Fachbereich Europa, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Von einem Engagement der Stadt München zum Wiederaufbau in Syrien wird derzeit abgesehen.
2. Der Antrag Nr. 14 - 20 / A 01088 der ÖDP, DIE LINKE und der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 29.05.2015 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Der Antrag Nr. 14.20 / A 01824 der Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI vom 22.02.2016 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. RAW - FB I

zur weiteren Veranlassung.